

08.01.2016

ZENTRUM

Der Rechtsstaat steht gegen Gewalt und Rassismus

Darmstadt, 7. Januar 2015. Angesichts der heftigen Debatte über die gewalttätigen Ausschreitungen insbesondere gegenüber Frauen in der Silvesternacht in mehreren Städten tritt der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) Volker Jung für eine entschiedene Verteidigung des Rechtsstaates und seiner Prinzipien ein. Dazu zählten sowohl der Schutz aller, insbesondere von Frauen, im öffentlichen Raum als auch die Abwehr von rassistischen Deutungen des Geschehens.

Wörtlich sagt Jung: „Was an Silvester in Köln – und offenbar in ähnlicher Form, aber von der Anzahl her in geringerem Ausmaß auch in anderen Städten – geschehen ist, kann und darf nicht toleriert werden. Es kann auch in keiner Weise mit der ausgelassenen Stimmung einer Silvesternacht und übermäßigem Alkoholkonsum entschuldigt werden. Ich hoffe, dass die Ermittlungsarbeit der Polizei erfolgreich ist, so dass Täter für die Gewalttaten bestraft werden können. Es ist wichtig, dass die Opfer wahr- und ernstgenommen werden und bei Bedarf auch entsprechende Betreuung erfahren. Von Gästen aus dem Ausland weiß ich, dass es insbesondere die Frauen schätzen, sich in Deutschland – bei allen Unwägbarkeiten, die es immer gibt – auch nachts frei und sicher bewegen zu können. Viele erkennen gerade darin, wie gut unsere freie Gesellschaft und der Schutz durch den Rechtsstaat funktionieren. Dafür zu arbeiten, dass dies so bleibt, ist eine permanente Aufgabe. Allen, die Gewalt anwenden – welcher Herkunft auch immer – muss dies klar gemacht werden. Dies gilt für Migranten genauso wie zum Beispiel für radikalisierte Fußballfans, vor deren Ansammlungen sich viele Frauen ebenfalls fürchten.“

Zugleich ist es wichtig, genau hinzuschauen und nicht pauschal zu urteilen. Weder können die Muslime, noch die Nordafrikaner oder die Araber aufgrund ihrer Religion oder ihrer Herkunft in pauschaler Weise verdächtigt werden. Die Gefahr ist groß, dass die Diskussion in ein rassistisches Fahrwasser gerät. Aus christlicher Sicht halte ich auch und gerade in einer so aufgeladenen und emotionalisierten Situation den differenzierten Blick und die sachgerechte Diskussion für geboten. Unabhängig davon muss daran gearbeitet werden, dass Integration ermöglicht wird und gelingt. Das erfordert viele Maßnahmen. Dazu leisten wir als Kirche durch Bildungsangebote, Begegnungen und viele andere Maßnahmen einen Beitrag.“ Oberkirchenrat Stephan Krebs
Leiter des Stabsbereichs Öffentlichkeitsarbeit